

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSFESTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 2

47. Jahrgang

Februar 1993

Das demokratische System beruht auf der Überzeugung, daß man den Menschen die Wahrheit sagen kann.

Carl Friedrich von Weizsäcker

Neue Nachdenklichkeit

Der Schock gewalttätiger Übergriffe deutscher Jugendlicher mit rechtsextremem Hintergrund zeigt Wirkung. Die Großdemonstrationen und Lichterketten der letzten Monate von München bis Hamburg, von Stuttgart bis Dresden wurden zum weithin sichtbaren Symbol der inneren Abwehr. Die Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit hat begriffen, was auf dem Spiele steht: nicht allein der Ruf des wiedervereinigten Deutschland bei seinen europäischen Nachbarn und in der Welt, sondern die Freiheitlichkeit und Friedensfähigkeit der eigenen Gesellschaft. Doch wichtiger als die starke Symbolik ist etwas anderes. Sehr viele Leute fragen sich inzwischen: Wenn solches passiert, wenn Ausländer niedergeschlagen, wenn Asylbewerberunterkünfte angezündet werden, wenn blutjunge Menschen sich zu todbringenden Gewaltakten zusammenschließen und sich mit Naziparolen kollektiv Mut zusprechen, was ist dann der menschlich-zwischenmenschliche, der soziale und existentielle Hintergrund solchen Geschehens?

Kommt der Ruf nach dem Ende der Beliebigkeit?

Der Ausruf eines Rostockers angesichts der Ereignisse in Lichtenhagen: „Das sind nicht Nazis, das sind unsere Kinder“, hat rasch die Kehrseite offengelegt: Was ist in unserer Gesellschaft los, wo stehen wir selbst, und was ist zwischen uns und unseren Kindern, wenn solches geschieht? Und es wird weitergefragt nicht nur nach dem sozialem Milieu, aus dem jugendliche Gewalttäter kommen, und nach Gruppenbildungen mit rechtsradikalem Hintergrund, sondern nach dem Stand

menschlicher Beziehungen, nach dem Versagen und Fehlen sozialer Bindungen, nach dem, was in den Elternhäusern geschieht oder abhanden gekommen ist, wie es im Zeitalter fortgeschrittenster Individualisierung und ausgeklügeltester Selbstverwirklichungsstrategien um die Sozialisation Jugendlicher oder schlicht um menschliche Zuwendung bestellt ist?

Kommt der Ruf nach dem Ende der Beliebigkeit? Weicht nun nach langer Kritik an der Glorifizierung bloß instrumenteller Vernunft und den ausgebreiteten Horrorvisionen menschlicher Selbstzerstörung durch ungesteuerte Verwandlung der Lebensgrundlagen der letzte Machbarkeitsglaube, der nämlich, daß es nur politisch freiheitlicher, sozial einigermaßen ausgeglichener Verhältnisse und pädagogisch des richtigen psychologischen Ansatzes bedürfe, damit jeder weiß, wie er sich verhalten muß und welche Grenzen er zu beachten hat, wenn friedliches Zusammenleben möglich sein soll? Den Rest besorge dann notfalls aufklärende, psychische entblockierende Beratung und als großgesellschaftlicher Wegweiser vor allem der gesellschaftlich-politische Diskurs der geistigen Eliten.

Soweit ist es nicht und wird es wohl auch nicht kommen. Dennoch: eine neue Nachdenklichkeit scheint einzusetzen. Zunächst fällt dabei dreierlei auf.

Das erste: Relativ rasch hat sich das Niveau der öffentlichen Auseinandersetzung über die „neue Gewalt von rechts“ verschoben. Nach Rostock herrschten noch die üblichen Klischees vor, jedenfalls in dem, was in den Medien zu sehen, zu hören oder zu lesen war. Die Politiker waren wieder einmal

an allem schuld, die Behörden haben zu unsicher und zu schlapp reagiert. Das war nicht einmal verwunderlich, das Klischee war ja nicht ganz falsch. Es gab vor allem unter den Sonderbedingungen der „aufgelösten“ DDR ja nicht nur überforderte Polizisten und spät aufgewachte Politiker, sondern auch ansatzweise Verwandtschaften zwischen jugendlichen Gewalttätern, fremdenfeindlich applaudierenden Bürgern, geradezu Komplizenhaft sich verhaltenden Einsatzbehörden und kopflös agierenden Ressorts.

Dennoch hat es mit dem Bekanntwerden des genauen Ausmaßes an Verhetzung und Brutalität mit den billigen Schuldzuweisungen aufgehört. Grund dafür waren gewiß auch die nach Mölln bald eintretenden Erfolge der Polizei und das Verbot rechtsextremistischer Gruppierungen durch den Bundesinnenminister. Jedenfalls vordergründig und vor allem konkret wahrnehmbar wurde Handlungsfähigkeit demonstriert. Aber nicht nur bedingt durch die faktische Entwicklung ist „die Politik“ inzwischen weniger oder jedenfalls nicht mehr allein im Schußfeld. Es wird jetzt in den Debatten über Rechtsextremismus und Gewalt gründlicher und handfester argumentiert. Der Hauptstrom der Diskussion hat sich von der politischen auf die gesellschaftlich-moralische Ebene verlagert. Ins Blickfeld geraten nun deutlicher Elternhäuser, jugendliche Subkulturen und schulische pädagogische Instanzen.

In den Vordergrund rückt Gewaltbereitschaft als Gesamtkomplex

Es wird auch nicht mehr in leerer Abstraktheit über Werte, Wertewandel und Werteverlust bramarbasiert und geklagt. Mögliche Defizite werden nun konkret angesprochen. Die Fragen sind präziser geworden: Sind die Jugendlichen zu sehr sich selbst überlassen? Kommt Perspektivlosigkeit neben dem Zukurzgekommensein in der Konsumgesellschaft auch aus dem Fehlen sozialer Bindungen? Wie sieht es um die Kommunikationsfähigkeit zwischen den Generationen aus? Wissen Eltern über ihre Kinder überhaupt Bescheid? Haben Tabus vielleicht doch eine gesellschaftliche Integrationsfunktion, zumal in einem gesellschaftlichen Geisteszustand verbrauchter Traditionen? Müssen erzieherisch Grenzen gesetzt werden, und wie geht das im postmodernen Stimmengewirr öffentlicher und privater Miterzieher?

Und vor allem wird deutlich: Blindheit gerade in bezug auf die oft naheliegendsten Probleme im Gesellschaftlichen und Mitmenschlichen, die zu Gewaltbereitschaft führen, gab und gibt es nicht bloß bei den Politikern, die wie viele Konsumbürger auch meinen, mit einer „guten“ Politik lasse sich alles auch gut regeln. Sie gibt es nicht minder unter Wissenschaftlern und Intellektuellen, die ebenfalls von Berufs und der Öffentlichkeit wegen den Finger im Wind haben. Auch die eitelsten Medienprofessoren räumen inzwischen Beobachtungsdefizite ein. Ein wenig neue Bescheidenheit wird bis in die „Spiegel“-Interviews hinein spürbar.

Das zweite: Da die gewalttätigen Übergriffe gegen Ausländer aus der rechtsextremistischen Szene oder von Jugendlichen mit wenigstens tendenziell rechtsradikalem Hintergrund ausgehen und die Gewalttäter sich nazistischer Symbole als Aggregationsmittel bedienen, wurden Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus gleichsam zu Synonymen. Die Gewalt kam von rechts, also wurde zunächst der Rechtsextremismus zum eigentlichen Thema.

Inzwischen wird auch diesbezüglich differenzierter gedacht und geredet. Einmal wurde durch die Berliner Ereignisse Anfang November auch Parteigängern des Glaubens an einen breiten Rechtsruck in Deutschland bewußt, daß es Gewaltbereitschaft nach wie vor auch von links, vor allem von anarchistischen Gruppen gibt. Der nordrhein-westfälische Innenminister *Herbert Schnoor* warnte erst Mitte Januar (vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 13.1.93) vor wachsender Gewaltbereitschaft auch bei linksautonomen Gruppen. Gewalt von rechts biete diesen ein hilfreiches Alibi für „antifaschistischen Aktionismus“. Wenn also ansatzweise irgendwo Weimarer Verhältnisse im staatlich wiedervereinigten Deutschland drohen, dann im gegenseitigen Hochschaukeln rechter und linker Gewalt.

Zum anderen hat sich herausgestellt, daß die Zuordnung fremdenfeindlich agierender Gewalttäter nationalistisch-chauvinistischer Prägung zu sozialen Milieus (der arbeits- und perspektivlose Jugendliche aus der unteren Gesellschaftsschicht) wie zu politischen Bekenntnissen (rechtsextremistisch, fremdenfeindlich, antisemitisch aus Überzeugung oder Nachahmung) eine viel zu grobe Kennzeichnung ist, daß der jugendliche Macho, der dazu neigt, sein Geltungsbedürfnis in Gewaltaktionen auszuleben, auch als Gegenreaktionen auf die diversen Softi-Wellen, möglicherweise sogar bestimmender ist (vgl. das Interview mit *Roland Eckert* in ds. Heft, S. 79ff). So verlagert sich inzwischen die Aufmerksamkeit auf Gewaltbereitschaft als Gesamtkomplex. Sie erscheint jetzt stärker als das eigentliche Problemfeld und fördert damit die Zweifel an der heilen pädagogischen Welt zusätzlich.

Eine solche Verlagerung von Aufmerksamkeit ist nicht unproblematisch. Man kann damit ablenken von den politischen Extremismen, die dem vereinten Deutschland in den nächsten Jahren mit großer Wahrscheinlichkeit sehr viel mehr zu schaffen machen dürften als bis 1989 der alten Bundesrepublik, zumal wenn das gewohnte Wohlstandswachstum als Konsenskit ausfällt.

Solche „Erfahrungswerte“ sagen mehr über den tatsächlichen Zustand unserer Gesellschaft aus als noch so feinzisierte soziologische Analysen. Was damit angedeutet wird, reicht über die extremen Ränder weit hinaus: Wo kaum noch durch etwas provoziert werden kann, bleibt der neuesten Protestgeneration nur noch der *Weg in die pure Brutalität*, wie sie sich in extremer Borniertheit in manchen Songs mit offenem Fremdenhaß als Aufputzmittel ja auch findet: „Tötet ihre Kinder, schändet ihre Frauen, vernichtet ihre Rasse, und so werdet ihr sie grauen“ ... „Du ziehst ein Mes-

ser und stichst siebzehnmahl hinein.“ Brutaler und bornierter geht es nicht mehr.

Trotzdem: Der tatsächlich vorhandene und sich verbreiternde rechte Extremismus darf nicht durch in sich noch so plausible Muster wegerklärt, er muß *als politisches Phänomen* ernst genommen und bekämpft werden. Dennoch kann man es sich auch mit dem lautersten und politisch entschlossensten „Antifaschismus“ zu leicht machen. Die jugendlichen Gewalttäter sind fremdenfeindlich, sie bedienen sich nationalsozialistischer Utensilien: gleichgültig, ob aus Lust oder Frust, aus Überzeugung oder Nachahmungstrieb, als Ausdruck der Gesinnung oder als Mittel zum Zweck – sie sind Nazis: Damit hat man sie in der richtigen Ecke, weit weg von sich; die Distanzierung ist eindeutig; sie sind ausgegrenzt, man muß sie nur abweisen; man kann es sich ersparen, mit ihnen zu reden. Und selber ist man wenigstens scheinbar exkulpiert. Solche *Ausgrenzung* wäre nicht nur als Extremismusbekämpfung kontraproduktiv; sie würde zugleich zum billigen Vorwand, um mit den gesellschaftlichen, existentiellen und anthropologischen Ursachen sowohl von Fremdenfeindlichkeit wie von Gewaltbereitschaft allgemein sich nicht beschäftigen zu müssen. Die Verlagerung der Aufmerksamkeit vom Extremismusthema auf die gewachsene Gewaltbereitschaft als Gesamtkomplex ist deswegen ein überfälliger Akt von Ehrlichkeit. Wenn er, wie es sich gegenwärtig abzeichnet, auch noch dazu führt, daß die sozialstrukturellen und die pädagogischen Defizite offengelegt werden, kommen wir in der Extremismus- wie in der Gewaltbekämpfung auf den richtigen Weg.

Nur entschlossenes Lernen hilft weiter

Noch ein Drittes ist bemerkenswert, wenn auch kaum spektakulär. In der Zeit von Hoyerswerda bis nach Rostock galt es im Westen Deutschlands als ausgemacht, daß von Fremdenfeindlichkeit, Gewaltausbrüchen und neonazistischen Umtrieben vor allem die *neuen Bundesländer* betroffen sind. Um handliche Erklärungen war kaum jemand verlegen: die Hohlräume, die der seine Bürger schlecht versorgende, aber allseits „betreuende“ SED-Staat hinterlassen hatte, die Vakuen, die der Wegfall sozialistischer Geselligkeit aufriß und über die die neuen Demokraten aus West und Ost erstaunlich nachlässig hinweggegangen sind, die trostlosen Wohnsiedlungen mit ihren akkumulierten „Arbeiterschließfächern“, die insgesamt erlebnisarme, auch sozial zerstörte Umwelt, Abstumpfung in der Arbeitslosigkeit und/oder Mangel an sinnvollen Freizeitangeboten und schließlich – in bezug auf die Ausländer – die Konkurrenz um Erwerbsmöglichkeiten und das aus Gehirn und Bauch kommende „Urverlangen“, nach den lange erzwungenen Völkerfreundschaften der sozialistischen Nation endlich deutsch und unter sich zu sein. Inzwischen wird zur Kenntnis genommen: Alles drei: Ausländerfeindlichkeit, wachsende Gewaltbereitschaft und nazistische Randalie gibt es in den *westlichen Bundesländern* auch. Fakten lassen sich

schlecht leugnen. Man akzeptiert allmählich, daß sich unter Deutschen auch diesbezüglich eine Schicksalsgemeinschaft anbahnt.

Die wachsende Gewaltbereitschaft bei gleichzeitiger Verführbarkeit junger Menschen durch extremistische Anbieter ist indessen *kein deutscher Sonderfall*. Sie kann vielmehr zu einer Schicksalsfrage gerade zivilisatorisch fortgeschrittener Gesellschaften werden. Gewaltbereitschaft ist anthropologisch im einzelnen und in menschlichen Kollektiven tief eingewurzelt. Sie wird gezähmt durch geregelte und durch Verhaltensregeln verinnerlichte soziale Beziehungen. Je stärker die menschliche Zuwendung, je beziehungsreicher der gesellschaftliche Kontext, um so gewaltfreier verhalten sich Menschen.

Wir aber nähern uns einer *Gesellschaft der Singles*. Der Preis der größeren (privaten) Freiheit ist zum einen ein hoher Grad an Vereinzelung, zum anderen die Aufsplitterung in tausend widersprüchliche Meinungen, Bedürfnisse und Ansprüche. Das Naturwüchsige ist zurückgedrängt, eine gemeinsame Weltanschauung, durch die ein Grundbestand an Verhaltensregeln vermittelt wird, gibt es nicht. Traditionen haben sich verbraucht. Friedliches und sozialverträgliches Verhalten muß deshalb mehr denn je „gelernt“ werden. Wo solches Lernen ausbleibt, werden die Hemmschwellen zur gewaltsamen Durchsetzung von persönlichen wie kollektiven Überzeugungen und Ansprüchen niedrig.

Den Lernanstrengungen stehen aktuell aber gleich mehrere Entwicklungen entgegen: die elementare Bedeutung akzeptierter sozialer und mitmenschlicher Bindungen ist wenig erkannt, das Grundbestreben gilt sehr viel stärker der Absicherung privater Freiheiten; die gesellschaftlichen Verbindlichkeiten werden tendenziell an den Staat delegiert. Die Autoritäten, die den Lernprozeß erzieherisch garantieren sollen (dazu gehört die Familie, dazu gehört auch die Kirche), sind geschwächt oder durch die vielen öffentlichen Miterzieher neutralisiert und dennoch in dieser Funktion durch niemanden zu ersetzen. Doch das Entscheidende ist: Die Verantwortlichen in Elternhaus und Schule nehmen sich erzieherisch eher zurück, als daß sie in der Zuwendung zu Kindern und Jugendlichen ihre Anstrengungen verstärken.

Ist die These dennoch richtig, daß die wirksamste Barriere gegen Gewaltanfälligkeit und ideologische Verführbarkeit ein durch akzeptierte soziale Bindungen individuell wie kollektiv im Gleichgewicht gehaltenes *Selbstwertgefühl* ist, dann wird pädagogisch wie politisch dreierlei vordringlich: die Bedeutung sozialer Bindung als erzieherisches Ziel klarzustellen (Emanzipation und Individualisierung bedürfen der sozialen Läuterung), mehr emotionale Nähe zwischen Eltern und Kindern in der Familie zu entwickeln (das setzt eine höhere Bewertung der Familienarbeit für und durch Eltern voraus) und die verschiedenen erzieherischen Instanzen einschließlich der Medien als indirekten Erziehern zu möglichst abgestimmter Zusammenarbeit zu animieren. Wenn die neue Nachdenklichkeit solch praktisches Lernen fördert, wird sie weit über das Gewaltthema hinaus von Nutzen sein. *David Seeber*